

## **NIEDRIGLÖHNE AUF KOSTEN DER KOMMUNEN: ANSBACH MUSS LEIHARBEIT UND LOHNDUMPING TEUER BEZAHLEN**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

aktuelle Statistiken der Bundesregierung zeichnen ein sehr problematisches Bild vom Ansbacher Arbeitsmarkt:

→ Jeder vierte Arbeitnehmer arbeitet in unserer Stadt zu Niedriglöhnen, Tendenz steigend. Ansbach liegt damit über dem Bundesdurchschnitt.

→ Die Zahl der Menschen, die in der Rezitstadt „arm trotz Arbeit“ sind, ist 2010 nochmals um 15% angestiegen. Im Juni 10 mussten 555 Ansbacher Familien müssen trotz Vollzeitjob zusätzlich Hartz-IV beziehen.

→ Aufgrund dieser Dumpinglöhne muss die Stadt Ansbach monatlich rund 350.000 Euro an Aufstockungen zum Lohn bezahlen. Gelder, die dann etwa bei der Sanierung von Schulen und Kindergärten schmerzlich fehlen.

→ Der Deutsche Gewerkschaftsbund bezeichnet Ansbach inzwischen als „Bundeshauptstadt der Leiharbeit“. Mit 8,8% aller Arbeitsplätze nimmt unsere Stadt die traurige Spitzenposition bei den zumeist schlecht bezahlten Zeitarbeitsplätzen ein. Laut Arbeitsagentur wird nicht einmal jeder zehnte Leiharbeiter in ein festes Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Die Hartz-IV-Parteien Union, FDP, SPD und Grüne haben mit ihrer unsozialen Politik den Menschen und den Kommunen massiv geschadet. Gerade Ansbach würde von der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und der Bändigung der Leiharbeit profitieren.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – das bedeutet für Ansbach nicht nur eine gerechtere Gesellschaft, sondern auch eine Entlastung der angespannten Finanzlage unserer Stadt. Die Milliardengeschenke für Reiche und Großkonzerne zu Lasten der arbeitenden Menschen und der Kommunen dürfen keine Zukunft haben. Von Arbeit muss man in Würde leben können.

Doch auch die Stadt selbst muss für mehr für gute Arbeit und gute Löhne tun: Die Offene Linke setzt sich für die Einführung von sozialen Standards bei der Wirtschaftsförderung und kommunalen Auftragsvergaben in Ansbach ein.